Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Der Preis soll es regeln? Die Bepreisung von CO₂ als Instrument in der Klimapolitik PERSPEKTIEFE 57, SEPTEMBER 2022

Der Preis soll es regeln? Die Bepreisung von CO₂ als Instrument in der Klimapolitik

HINTERGRUND: Um der Klimakrise zu begegnen, kann die Politik zwischen verschiedenen Instrumenten wählen. Dabei lassen sich ordnungsrechtliche – also regelnde Vorgaben – von ökonomischen – also finanzielle Anreize – Instrumenten unterscheiden.

von: Antje von Broock, Geschäftsführerin Politik und Kommunikation des BUND

Zu den ordnungsrechtlichen Instrumenten zählen beispielsweise die CO₂-Grenzwerte der Europäischen Union für Neuzulassungen von Pkw und Lkw oder das Verbot von Neufahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035, das vom EU-Parlament Anfang Juni beschlossen wurde. Ökonomische Politikinstrumente hingegen versuchen, menschliches und unternehmerisches Verhalten durch Geldanreiz zu lenken. Im Falle der CO₂-Bepreisung soll alles, wodurch klimaschädliche CO₂-Emissionen entstehen, verteuert werden. Ob das gelingt und wie groß der Effekt ist, lässt sich nicht exakt voraussagen. Denn dies hängt natürlich davon ab, wie stark Menschen und Unternehmen auf die Preiseffekte reagieren. Je höher der CO₂-Preis desto wahrscheinlicher die Lenkungswirkung und Verhaltensänderungen. Wenn der Bezug von erneuerbaren Energien dann günstiger wird, werden Unternehmen und Haushalte auf grünen Stromversorger umstellen, wenn Sprit und Heizöl teurer wird, wird weniger Auto gefahren, auf den öffentlichen Nahverkehr umgestiegen, Gebäude gedämmt, die Heizung runtergedreht oder die Ölheizung gegen eine effiziente Wärmepumpe ausgetauscht.



"Durch eine Studie zur praktischen Umsetzung der Rückverteilung der Einnahmen aus der CO_2 -Bepreisung an die Bevölkerung konnten wir darlegen, dass dies bürokratiearm, kosteneffizient, rechtssicher und datenschutzkonform machbar wäre." Antje von Broock

Ist der EU-Emissionshandel wirkungslos?

Als ökonomisches Instrument kann die Bepreisung von CO₂ entweder über einen direkten Preis in Form einer Abgabe oder indirekt durch den Handel mit Emissionszertifikaten umgesetzt werden. Ziel beider Ansätze ist, den CO₂-Emissionen einen Preis zu geben. In der Vergangenheit konzentrierte sich die Klimapolitik der Europäischen Union hauptsächlich auf die indirekte Steuerung. Der seit 2005 bestehende EU-Emissionshandel (ETS) begrenzt die Menge von CO₂-Zertifikaten; die Preisentwicklung wird dem Markt überlassen. Er ist noch immer das zentrale gemeinschaftliche Klimaschutzinstrument der EU und erfasst fast alle Treibhausgasemissionen aus der energiewirtschaftlichen Stromerzeugung und einen großen Teil der Emissionen der energieintensiven Industrie und ihren Prozessen in 30 Ländern – neben den EU-Staaten nehmen https://www.zgv.info/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=639ec47f1fa256f4c89a07605fc0aebf

কለተው ተመደመው የተመዘመት መተከተለ ተመመር መተመር ተመደመው የመደመው የመደመው

Deutschland startete CO₂-Bepreisung in 2021

Einige Länder wie Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Slowenien haben bereits in den 1990er-Jahren die Bepreisung von CO_2 eingeführt. In der Schweiz gibt es eine CO_2 -Bepreisung seit dem Jahr 2008 als Umlage. Hier gab es zehn Jahre nach der Einführung einen Rückgang der Emissionen im Gebäudebereich um 20 Prozent. Zwei Drittel der Einnahmen werden direkt an die Bevölkerung rückverteilt, ein Drittel kommt energetischen Sanierungen zugute. In Frankreich hingegen sollte 2018 die Mineralölsteuer erhöht werden, hier kam es zu monatelangen landesweiten Protesten.

In Deutschland gibt es seit Anfang des Jahres 2021 eine Bepreisung von CO_2 in den Bereichen Verkehr und Wärme. Die Bundesregierung konnte sich weder zu einem reinen Handelssystem noch zu einer Preisabgabe durchringen und hat nun ein Mischsystem aus einem Handel mit gedeckelten Preisen eingeführt. Unternehmen, die Kraftstoffe und Heizstoffe wie Benzin, Diesel oder Heizöl verkaufen, müssen seitdem Emissionszertifikate erwerben. Der Startpreis pro Tonne CO_2 betrug im letzten Jahr 25 Euro, das entspricht weniger als 10 Cent pro Liter Kraftstoff oder Heizöl. Er steigt bis zum Jahr 2025 schrittweise auf 55 Euro pro Tonne CO_2 an. Im Jahr 2026 wird der Festpreis abgelöst von einem Preiskorridor von mindestens 55 Euro und höchstens 65 Euro pro Tonne CO_2 .

BUND für sozial gerechtere Klimaprämie

Mit den Einnahmen wird die EEG-Umlage nun staatlich finanziert und die Pendlerpauschale erhöht. Beide Maßnahmen sind aus sozialer und ökologischer Perspektive suboptimal. Sie setzt einerseits einen Anreiz, um mehr Strom und Treibstoff zu verbrauchen, andererseits hätte die Bundesregierung mit der gleichen Summe stärkere Maßnahmen für Klimaschutz und gegen soziale Ungleichheit finanzieren können. Bei der Pendlerpauschale kommt noch hinzu, dass einkommensstarke Haushalte mit hohem Steuersatz eine wesentlich höhere Rückerstattung als Haushalte mit niedrigem Einkommen erhalten. Geringverdienende, die keine Steuern bezahlen, gehen sogar ganz leer aus, obwohl auch sie oft lange Wege zur Arbeit zurücklegen müssen.

Als BUND haben wir uns dafür eingesetzt, dass alle Einnahmen aus der deutschen CO₂-Bepreisung in eine Klimaprämie bzw. ein Klimageld fließen. Das Steueraufkommen würde in Form eines Pro-Kopf-Betrages in gleicher Höhe an alle Einwohner*innen gleich welchen Alters zurückgezahlt werden. Das ergibt nach unseren Schätzungen eine steigende jährliche Ausschüttung von zunächst rund 200 Euro pro Person. Schon im ersten Jahr wäre das deutlich mehr als die zu erwartende Zusatzbelastung der allermeisten Haushalte mit niedrigem Einkommen. Durch eine Studie zur praktischen Umsetzung der Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Bevölkerung konnten wir darlegen, dass dies bürokratiearm, kosteneffizient, rechtssicher und datenschutzkonform machbar wäre. Wir erwarten deswegen immer noch, dass die Bundesregierung eine Klimaprämie umsetzt, so wie es im Koalitionsvertrag festgelegt wurde.

Angesichts der Klimakrise müssen wir jetzt handeln und radikal Emissionen reduzieren. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom letzten Jahr, das wir als BUND gemeinsam mit vielen anderen erstritten haben, macht deutlich, wie entscheidend die Jahre bis 2030 hierfür sind. https://www.zgv.info/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=639ec47f1fa256f4c89a07605fc0aebf

ชรอะเมศานิระคาโรคารถี่พิเคาะวันเราะบางการเกี่ยวเกาะบางการเกาะบางการถึงเกาะบางการเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการณารถีงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการเกาะบางการเกาะบางการณารถึงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการณารถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะบางการถึงเกาะ



Info-Abo Aktuelles per E-Mail Clch bestelle den dreimal jährlich erscheinenden, kostenlosen Newsletter PERSPEKTIEFE. E-Mail-Adresse eingeben: Bitte geben Sie hier das Wort ein, das im Bild angezeigt wird. Dies dient der Spam-Abwehr. Wenn Sie das Wort nicht lesen können, bitte hier klicken. Bestellung abschicken Um ein bereits bestehendes Info-Abo zu bearbeiten oder zu kündigen klicken Sie bitte hier. Schutz Ihrer Daten

Archiv

PERSPEKTIEFE 66, SEPTEMBER 2025

THEMA: Bürokratie und Verwaltung (66/2025)link

PERSPEKTIEFE 65. APRIL 2025

THEMA: Was erhoffen Sie sich von der Politik? (65/2025)link

https://www.zgv.info/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=639ec47f1fa256f4c89a07605fc0aebf

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Der Preis soll es regeln? Die Bepreisung von PERSBEKTIEFE 664 DEZEMBER 2024 limanolitik

CO Sub \$25 sub Fais Instrument in der Klimapolitik
THEMA: Gemeinsame Sache machen! Kirche im Gemeinwesen
(64/2024)link

WEITERE AUSGABEN

 $\ \odot$ 2023 - Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN